



Bundeskriminalamt

**Gewaltphänomene -
Strukturen, Entwicklungen und Reaktionsbedarf**

BKA-Herbsttagung vom 19. - 20. Oktober 2010

Was treibt eine Gesellschaft auseinander – was hält eine Gesellschaft zusammen?

Kurzfassung

Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer

Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung,
Universität Bielefeld

I.

Die klassische Frage der Dynamik von sozialer Integration und Desintegration hat in den letzten Jahren auch in Deutschland eine zunehmende Aufmerksamkeit erfahren in Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit.

Wesentliche Gründe liegen darin, dass die Überzeugungen nach dauerhaftem ökonomischen und sozialen Fortschritt und weiterführender demokratischer Entwicklung unter Druck geraten sind.

Vor diesem Hintergrund ist die Bielefelder *Theorie Sozialer Desintegration* (TSD) entwickelt worden, um Zusammenhänge zwischen gesellschaftlichen Entwicklungen und Gewalt, Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus sowie ethnisch-kulturellen Konflikten zu erklären.

Diese *Theorie Sozialer Desintegration* bildet den Kern der folgenden zusammenfassenden Darstellung.

II.

Vier Problembereiche sollen herausgestellt werden.

a) *Gesellschaftliche Entwicklungsbereiche und Wandlungsdruck*

Es mangelt nicht an sozialwissenschaftlichen Konzeptionierungen, um gesellschaftliche Bereiche angemessen zu benennen, Krisenphänomene auf kategoriale Begriffe zu bringen, relevante Gegenstandsbereiche zu konkretisieren und Problementwicklungen zu beschreiben.

Das hier entwickelte Konzept ist abgestimmt auf die Grundannahme und die zu erklärenden Phänomene. Dabei werden drei zentrale Kategorien formuliert, die als theoretische Konvergenzpunkte dienen, da sie in unterschiedlichen theoretischen Ansätzen eine Rolle spielen und grundlegende Bereiche der Konstitution und Entwicklung von Gesellschaft fassen können:

- *Differenzierung*, die auf die Systemebene bezogen ist,
- *Pluralisierung*, die auf Werte und Normen ausgerichtet ist,
- *Individualisierung*, mit der die soziale Lebenswelt in den Mittelpunkt gerückt wird.

Diese Begriffe werden dynamisch verstanden, d.h. es wird eine *zunehmende* Differenzierung, Pluralisierung und Individualisierung angenommen. Die Frage ist nun, ob sich daraus krisenhafte Entwicklungen ergeben, die auf bestimmte Gegenstandsbereiche bezogen werden können und sich in spezifischen Problementwicklungen verdichten. Selbst wenn es angeraten ist, vorsichtig mit dem Krisenbegriff umzugehen, deutet man-

ches darauf hin, dass sich krisenhafte Entwicklungen in allen drei Bereichen auffinden lassen:

- Auf der Systemebene finden sich Strukturkrisen dergestalt, dass z.B. Arbeitslosigkeit auf Dauer gestellt ist oder sich die Abnahme von politischer Partizipation als Langzeitentwicklung herausstellt.
- Im Bereich von Werten und Normen werden Regulierungskrisen deutlich, wenn sich Sinnfragen häufen und Verständigungsprobleme zwischen Menschen und Gruppen gleicher oder unterschiedlicher Herkunft zunehmen. Daneben sind auch Fragen der Gültigkeitssicherung bzw. Delegitimation von Normen und die Kontingenz von Werten tangiert.
- Im Bereich der sozialen Lebenswelt können Kohäsionskrisen entstehen, die soziale Bindungen und Vergemeinschaftungen betreffen.

Das Verständnis von Krisen kann in zwei Richtungen weisen. Zum einen können Krisen erst Chancen eröffnen für neue Entwicklungen, um Probleme zu lösen; dies ist die *produktive* Linie. Zum anderen, und davon wird im vorliegenden Ansatz gesprochen, können Krisen aber auch *destruktive* Wirkungen für Individuen, Gruppen oder ganze Gesellschaften besitzen. Von Krisen der letztgenannten Art ist dann die Rede, wenn soziale, politische, ökonomische und kulturelle Probleme *auf Dauer* gestellt zu sein scheinen und nicht mehr im Sinne vorgängiger Normalitätsstandards und/oder dem normativ angeleiteten Selbstverständnis dieser Gesellschaft („Solidargemeinschaft“ etc.) gelöst werden können. Verdeutlichen lässt sich dies am „Sockel“ der Dauerarbeitslosigkeit. Sie ist, gemessen an Normalitätsstandards der 70er Jahre, ein riesiges Problem und deshalb ein Indikator für eine Strukturkrise. Gleichwohl ist dieses Phänomen im Jahre 2001 als Dauerzustand zu einem neuen Normalitätsstandard geworden – ohne noch im eigentlichen Sinne als Krise wahrgenommen zu werden. Das deutet zugleich auf einen Gewöhnungseffekt und eine „Selbstverständlichkeit“ hin, welche die zeitweilige oder dauerhafte Desintegration und Anerkennungsverletzungen ganzer Gruppen als „normal“ erscheinen lässt.

Was „äußerlich“ als beruhigende Stabilität von Gesellschaft identifiziert wird, kann mittels einer kritischen Gesellschaftsanalyse und intensiver empirischer Ausleuchtung der Hintergründe neuer Normalitätsstandards gleichwohl als beunruhigende Integrations-/Desintegrationsdynamik mitsamt riskanter Anerkennungs- und Gerechtigkeitsverletzungen zutage treten, welche die „äußere“ Stabilität von Gesellschaften zwar nicht in Frage stellt, aber sehr wohl die „innere“ Qualität (also Kohäsion, Anerkennung, Gleichwertigkeit oder die demokratische Atmosphäre) betrifft. Für diese Problemstellung ist ein weiterer Kontext von Bedeutung.

Die nur angedeuteten Problembereiche werden von den globalen Entwicklungen insofern maßgeblich beeinflusst, als *ökonomische* Globalisierung weitreichende Auswirkungen auf Standort- und Arbeitsmarktentwicklungen hat, die bis hin zu basalen

Erschütterungen von Existenzsicherungen reichen und eine Verschärfung sozialer Ungleichheiten mit sich bringen, also eine Spaltung und Polarisierung von 'Arm' und 'Reich' heraufbeschwören, die sich auch sozialräumlich verdichtet. Die *politische* Internationalisierung führt die Reichweite von politischer Partizipation in eine Krise und durch die sich abzeichnenden Verschiebungen der Kontrollbilanzen zwischen Ökonomie und Politik weiten sich Sinnlosigkeitserfahrungen der politischen Partizipation aus. Die *kulturelle* Globalisierung zeitigt etwa im Aufeinandertreffen einander fremder religiöser Postulate ambivalente Folgen einer Befreiung aus Schraubstöcken homogener Wertekonsense einerseits und Verständigungsprobleme andererseits. Die mit der Aufklärung einhergehende Kontingenz von Werten berührt sowohl die Gültigkeit basaler Normen bzw. die Gefahr der Delegitimation von Kernnormen als auch die unerlässliche Rolle geteilter Werte für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ebenso wird die Frage aufgeworfen, in wieweit Kollektivrituale als neue Ordnungsmächte wirksam werden können. Über geographischen wie sozialen Mobilitäts- und Umstellungsdruck schließlich ist die soziale Lebenswelt tangiert, was die Problematik der generalisierten Labilisierung bzw. Instabilität von sozialen Beziehungen aufwirft. Insgesamt ist eine qualitative Verschiebung, wenn nicht gar ein qualitativer Bruch im Zuge der Entwicklung von der sozialstaatlich regulierten Gesellschaft zur Marktgesellschaft zu konstatieren.

b) Ungelöste Integrationsprobleme

Die Auswirkungen der globalen Entwicklungsdynamik, die in den wissenschaftlichen Debatten als ungeklärt, zumindest aber als umstritten gelten, geben Anlass zu der Frage, wie das Zusammenwirken von ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklungen „gedacht“ werden kann. Dahrendorf charakterisiert dieses Zusammenwirken als „Quadratur des Kreises“. Danach bestehen erhebliche Spannungen zwischen der Aufgabe, die Wettbewerbsfähigkeit in der rabiaten Konkurrenz der Weltgesellschaft (zumal in rezessiven Krisen) zu erhalten, die Solidarität und sozialen Zusammenhalt, also soziale Integration, zu sichern, und sich im Rahmen von (liberalen) Institutionen betätigen zu können. Mit der Metapher will Dahrendorf sagen, dass diese Bedingungen nicht alle gleichermaßen erfüllt werden können. Damit werden Fragen zu den gravierenden Folgen weiterer Entwicklungsprozesse aufgeworfen. Inwieweit Integration funktioniert entscheidet sich an drei zentralen Aufgabenstellungen:

- Erstens stellt sich auf der *sozialstrukturellen* Ebene (Reproduktionsaspekt) das Problem der Teilhabe an den materiellen und kulturellen Gütern einer Gesellschaft, was in der Regel objektiv durch ausreichende Zugänge zu Arbeits-, Wohnungs- und Konsummärkten sichergestellt wird, subjektiv aber auch eine Entsprechung in Form von Zufriedenheit mit der beruflichen und sozialen Position finden muss.
- Auf der *institutionellen* Ebene (Vergesellschaftungsaspekt) geht es um die Sicherstellung des Ausgleichs konfligierender Interessen, ohne die Integrität und Würde von Personen zu verletzen. Dies erfordert aus Sicht des Desintegrationsansatzes die Einhaltung basaler, die moralische Gleichwertigkeit des (politischen) Gegners ge-

währleistender, demokratischer Prinzipien, die von den Beteiligten als fair und gerecht bewertet werden. Die Aushandlung und konkrete Ausgestaltung solcher Prinzipien bedingt ebenfalls entsprechende Teilnahmekancen und -bereitschaften einzelner Akteure.

- Auf der *personalen* Ebene (Vergemeinschaftungsaspekt) geht es schließlich um die Herstellung emotionaler bzw. expressiver Beziehungen zwischen Personen zum Zwecke von Sinnstiftung und Selbstverwirklichung. Hier werden erhebliche Zuwendungs- und Aufmerksamkeitsressourcen, aber auch die Gewährung von Freiräumen sowie eine Ausbalancierung von emotionalem Rückhalt und normativen Anforderungen benötigt, um Sinnkrisen, Orientierungslosigkeit, eine Beeinträchtigung des Selbstwertgefühls oder Wertediffusion und Identitätskrisen zu vermeiden.

Es ist unmittelbar ersichtlich, dass hier die Herstellung sozialer Integration auf freiwilliger Basis thematisiert wird. In modernen Gesellschaften erfolgt sie charakteristischerweise über Interessenausgleich, Anerkennung und Konsensbildung, wohingegen in früheren Integrationsformen (u.a. traditionale Gesellschaften) subjektive Zusammengehörigkeitsgefühle häufig auf unfreiwilligen Mechanismen wie Zwang oder Konformitätsdruck beruhten. Eine gelungene Bewältigung der Aufgabenstellungen führt zur Bereitstellung von positionaler, moralischer und/oder emotionaler *Anerkennung* und einer Selbstdefinition als zugehörig zum entsprechenden sozialen Kollektiv. Erst auf der Basis sozialer Integration ist *freiwillige* Normakzeptanz erwartbar. Unter den Bedingungen von Desintegration hingegen müssen die Auswirkungen des eigenen Handelns auf Andere nicht mehr sonderlich berücksichtigt werden, was die Entwicklung anti-sozialer Einstellungen begünstigt und die Gefahr einer Absenkung von Gewaltschwellen erhöht.

Die Annahme der Integrations-/Desintegrations-Dynamik formuliert die Erwartung, dass desintegrative Erfahrungen in einer Dimension verstärkte Integrationsbemühungen in einer anderen Dimension hervorrufen. Insofern sind z.B. desintegrative Selbstpositionierungen zu spezifischen gesellschaftlichen Normen mit hoher Binnenintegration auf der gemeinschaftlichen Ebene durchaus kompatibel bzw. erwartbar. Es ist empirisch zu klären, wann Desintegrationsbefürchtungen und -erfahrungen oder mit hoher Binnenintegration verbundene partikularistische Wertpräferenzen zu Reaktionen führen, die auf den Kernbestand der zivilen Gesellschaft und der liberalen Demokratie zielen.

Dabei sind insbesondere auch die sozialstrukturellen Entwicklungen „in der Mitte der Gesellschaft“ zu betrachten, denn die Integrations-/Desintegrationsdynamik ist auch für die Mittelschichten inzwischen von enormer Bedeutung. Dies zeigt sich u.a. daran, dass prekäre Arbeitsverhältnisse nicht mehr nur bei niedrig Qualifizierten vorzufinden sind, sondern immer stärker in diese Gruppierungen hineinreichen. Auch in diesen Sozialgruppen nimmt die Verunsicherung zu.

c) *Die Gefährdung von Kernnormen durch Kontroll- und Anerkennungsprobleme*

Zu den unverzichtbaren, weil zentralen Normen und Werten einer humanen Gesellschaft gehört erstens die Auffassung von der *Gleichwertigkeit* der Menschen ungeachtet von Herkunft, Religion und Geschlecht. Zweitens zählt dazu das Postulat der *Integrität*, also der psychischen und physischen Unversehrtheit einer Person. Diese Kernbestandteile humaner Gesellschaften lassen sich erst im Zusammenhang mit zwei weiteren Kategorien „absichern“, die Anschlussstellen an das Feld der Integration bzw. Desintegration darstellen. Es geht um das Problem der Kontrolle bzw. des Kontrollverlustes von Individuen und Gruppen über ihre eigenen Lebenswege und Lebenssicherheiten. Diese wiederum bedürfen der Absicherung über symbolisch vermittelte Anerkennungsverhältnisse. Im Sinne des hier verwendeten Integrationskonzeptes geht es um positionale, moralische und emotionale Anerkennung. Da Anerkennung sich über Reziprozität erst konstituiert, gefährden Erfahrungen von Geringschätzung, Missachtung und Herabwürdigung nicht nur die Gleichwertigkeit und Integrität der davon Betroffenen, sondern es werden dadurch intersubjektive Prozesse in Gang gesetzt, welche die Akzeptanz der zugrunde liegenden Normen zur Beurteilung und Behandlung des „signifikanten Anderen“ (Mead) labilisieren oder aufheben können. Die Gefahren einer Ausbreitung von Ideologien der Ungleichwertigkeit und von Gewaltakzeptanz wachsen und können vielfältige, auch politische Erscheinungsformen annehmen, insbesondere wenn entsprechende Gruppenangebote vorrätig sind.

Kontrollverluste und Anerkennungszerfall untergraben dann weitere zentrale Postulate wie Gerechtigkeitsvorstellungen, indem universalistische Gerechtigkeitsvorstellungen zum Teil in problematischer partikularistischer Weise (z.B. „nur für Deutsche“) eingeschränkt werden. Es ist eine empirisch zu klärende Frage, ob und wieweit partikularistische Wertpräferenzen die gewaltfreien, fairen Interessenausgleichsprozesse durch neue Ungleichheitsdiskurse beschädigen oder gar eliminieren. Nur empirisch lässt sich klären, ob und wie sich Anerkennungsprozesse über Integrationserfahrungen in den angeführten Dimensionen entwickeln und ob sich Anerkennungszerfall ausbreitet und damit weitreichende Folgen für die liberale Demokratie zeitigt.

d) *Zerstörerische Problemphänomene*

Vor diesem Hintergrund ist zu konstatieren, dass – nicht nur in Deutschland – in den letzten Jahrzehnten sowohl *Ideologien von Ungleichwertigkeit* als auch Gewalt in den westeuropäischen Gesellschaften deutlicher hervorgetreten sind. Bedrohlich werden diese Entwicklungen dann, wenn sich Ideologien der Ungleichwertigkeit und Gewalt verbinden, in denen sich z. B. zentrale Merkmale des *Rechtsextremismus* ausdrücken. Solche Entwicklungen verlaufen nicht linear eskalierend ansteigend, sondern bewegen sich zumeist in kaum prognostizierbaren Rhythmen und zeigen in verschiedenen Gesellschaften sowohl unterschiedliche Ausmaße als auch Problemvariationen.

Die unübersichtlichen Entwicklungsrhythmen ergeben sich nicht zuletzt dadurch, dass zeitweilig Themen auf die politische Agenda gehoben werden, die Gelegenheitsstrukturen für die Ausbreitung von Ideologien der Ungleichwertigkeit bieten. Auch gesell-

schaftliche Gegenbewegungen oder politische Gegenstrategien beeinflussen diese Prozesse und haben Auswirkungen auf die biographischen Entwicklungen.

Eine besondere Schärfe nehmen die Probleme immer dann an, wenn Akteure die Ideologien der Ungleichwertigkeit und Gewalt zu einem politischen Konzept verbinden, indem sie einerseits zu Legitimationszwecken auf Stimmungen, Einstellungen und Haltungen in verschiedenen Bevölkerungsgruppen zurückgreifen können und andererseits handlungsfähige Gruppen bzw. Parteien aufzubauen in der Lage sind, die Gewalt situativ, spontan oder strategisch einsetzen, um dadurch illegitime und zerstörerische Macht über Menschen, Sozialräume und Institutionen zu erlangen.

Diese Konstellation ist inzwischen in der Bundesrepublik gegeben. Damit wird zwar nicht der Bestand des demokratischen Systems berührt, aber ganz zentral die Frage der Qualität politischer Kultur und einer demokratischen Atmosphäre.

Hinter den Eckpfeilern gesicherter Rechtsstaatlichkeit, persönlicher Freiheitsrechte prinzipiell freier Meinungsäußerung und freier Presse, kann sich unter dem Druck menschenfeindlicher Stimmungen oder zerstörerischer Gewalt ein angstbestimmtes Klima in der politischen Öffentlichkeit und im sozialen Alltag verschiedener Regionen oder Stadtteile durchsetzen, das wiederum zu repressiven staatlichen Maßnahmen führen kann, die einer liberalen Demokratie nicht zuträglich sind. Beide – sich möglicherweise wechselseitig beeinflussende – Entwicklungen gefährden die *Sicherung einer humanen und liberalen Republik*.

III.

Es gibt eine Reihe offener Fragen:

- Mit welchen Veränderungen hinsichtlich der bisherigen Erfolgsbedingungen sozialer Integration wird zu rechnen sein?
- Welche Konsequenzen ergeben sich aus einer möglichen Zunahme sozialer Desintegration für Prozesse des Zusammenlebens sozialer und ethnischer Gruppen, für Erziehungs- und Bildungsprozesse, für Normakzeptanz und Normenpluralisierung, für individuelle und kollektive Verarbeitungsmuster u. a. in Form von Rückzug, Isolation und Protest?
- Inwiefern leisten die skizzierten Prozesse einer Entgrenzung von Gewalt Vorschub, was bedeutet dies für politische Einhegungsmöglichkeiten, individuelle Bewältigungsstrategien, gesellschaftliche Folgenabschätzung und die soziale Kontrolle von Gewalt?

Literaturauswahl:

- Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Was treibt die Gesellschaft auseinander? Frankfurt a. M., Suhrkamp 1997
- Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Was hält die Gesellschaft zusammen? Frankfurt a. M., Suhrkamp 1997
- Wilhelm Heitmeyer/Peter Imbusch (Hg.): Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005
- Peter Imbusch/Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Integration – Desintegration. Ein Reader zur Ordnungsproblematik moderner Gesellschaften. VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008
- Reimund Anhut/Wilhelm Heitmeyer: Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. In: Heitmeyer, W./Anhut R. (Hg.): Bedrohte Stadtgesellschaft. Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim/München, Juventa; 17-75
- Wilhelm Heitmeyer: Krisen – Gesellschaftliche Auswirkungen, individuelle Verarbeitungen und Folgen für die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: Heitmeyer, W. (Hg.) Deutsche Zustände, Folge 8, Berlin, Suhrkamp, 2010, 13-46